

und Westberlin sich entwickelt und gefördert wird. Sie führt diese Politik unbeirrt fort. Wir waren jedoch gezwungen, nach der einseitigen Aufkündigung des Berliner Abkommens durch die Bonner Regierung und nach der Einführung weiterer diskriminierender Maßnahmen, die der Deutschen Demokratischen Republik im Handel mit Westdeutschland und Westberlin die unumgängliche Sicherheit für die Einhaltung der eingegangenen Verträge nehmen, Sicherungen gegen die Störaktionen Bonns zu treffen. Die Bonner Regierung hat mit ihrer Politik verursacht, daß die Umsätze im Handel zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland sowie Westberlin seit 1959 rückläufig sind und im Jahre 1962 beträchtlich unter dem Niveau des Jahres 1958 liegen.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des V. Parteitags und besonders auch der Beschlüsse des 12. und 14. Plenums des Zentralkomitees wurde der Kampf um die Verbesserung der Planung des Außenhandels und Erhöhung seines Nutzeffekts organisiert. Die erzielten Ergebnisse reichen jedoch nicht aus, da noch nicht genügend darum gekämpft wird, durch Senkung der Produktionskosten eine höhere Devisenrentabilität zu erzielen.

In den Außenhandelsorganen muß dafür gesorgt werden, daß beim Verkauf und Einkauf von Waren auf den Weltmärkten ökonomisch begründete, exakt kalkulierte Preise erzielt und alle Verlustquellen ausgeschaltet werden, die auf mangelnder Qualifikation, ungenügendem Verantwortungsbewußtsein und fehlerhafter Leitung und Kontrolle beruhen.

11. Die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Industrie, im Bauwesen, Handwerk und Handel

Seit dem V. Parteitag haben sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Industrie weiter gefestigt. Die Industrieproduktion der sozialistischen und halbstaatlichen Industrie erhöhte sich von 1958 bis Ende 1961 auf 135,9 Prozent. Die vom V. Parteitag geforderte Erhöhung des Anteils des sozialistischen Sektors im Bauwesen wurde erreicht.

Auf dem V. Parteitag wurde herausgearbeitet, wie in der Deutschen Demokratischen Republik durch die Beteiligung des Staates an den privatkapitalistischen Betrieben und durch die schrittweise Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks unter strenger Beachtung des Prinzips der Freiwilligkeit die Mitarbeit aller Schichten beim sozia-